

Neujahrsempfang der Erzdiözese München und Freising
Ansprache des Vorsitzenden des Diözesanrats,
Prof. Dr. Alois Baumgartner (19. Januar 2002)

Für den Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum München und Freising darf ich Ihnen die guten Wünsche zum angebrochenen Jahr 2002 überbringen. Möge es ein gesegnetes Jahr sein: für Sie persönlich und Ihre Angehörigen, für Ihre berufliche und ehrenamtliche Arbeit, für Ihren Einsatz in Politik, Gesellschaft und Kirche. Wir können diese Wünsche am Ende der liturgischen Weihnachtszeit mit Zuversicht aussprechen, weil wir gerade über zwei Wochen hinweg die Zuwendung Gottes zum Menschen gefeiert haben. Die Segenswünsche sind aber keine fromme Floskel, weil wir einerseits des Segens und des Geleits durch Gott bedürfen, aber ebenso sehr, weil uns der Anspruch, der im Weihnachtsevangelium liegt, eine hohe Verantwortung in vielen Bezügen individuellen und gesellschaftlichen Handelns aufbürdet.

In der Menschwerdung des Gottessohnes ereignet sich die Erwählung des Menschen - aller und eines jeden einzelnen -, gleichsam als Antwort auf die Frage des Psalmisten: Was ist der Mensch, dass du seiner gedenkst? Die Erwählung des Menschen begründet für den Gläubigen das, was wir in der Sprache der Neuzeit die menschliche Würde nennen. Die Weihnachtsbotschaft überlässt uns allerdings nicht der Illusion, dass dieser Anspruch, der sich mit dem Gedanken der Menschenwürde verbindet, in der Geschichte immer eingelöst wurde: auch nicht von denen, die sich unter das Gesetz des Evangeliums gestellt haben. Der unbeirrt um Vergebung bittende Papst weiß um die Präsenz dieser Vergangenheit. Die Weihnachtsbotschaft, deren herbe Klänge wir gern überhören, spricht fast protokollarisch nüchtern davon, dass diejenigen, in deren Lage sich der Menschgewordene versetzt habe, ihn nicht aufgenommen hätten, dass für ihn

kein Platz gewesen sei - so, als sei er einer zuviel, um nicht das Unwort der Überzähligkeit zu verwenden. Unsere Gegenwart ist von der selben Ambivalenz geprägt: einerseits vom tröstlichen und ermutigenden Erlebnis, dass die Solidarität gerade gegenüber marginalisierten Menschen wächst und dass sie immer häufiger spontan aufbricht; andererseits von Erfahrungen der Ausgrenzung und von Anzeichen dafür, unsere Gesellschaft könnte in der Achtung menschlicher Würde hinter die erreichten moralischen Standards zurück fallen.

Vieles an solidarischem Aufbruch ist im vergangenen "Jahr der Freiwilligen" ins öffentliche Bewusstsein gehoben worden: die Hospizbewegung, deren Mitglieder sich der gesellschaftlichen Verdrängung von Sterben und Tod widersetzen und durch ihre Begleitung vielen das menschenwürdige Hinübergehen ermöglichen; die Vielen, die sich innerhalb und außerhalb der verfassten Kirche den Beistand für schwangere Frauen in Konflikten zur Aufgabe machen, während ihnen ansonsten oft nur Wege gewiesen werden, die keine Wege sind; diejenigen, die sich um Strafgefangene und Straftlassene kümmern aus der Überzeugung, dass auch der schuldig gewordene Mensch seine Würde nicht verliert; die Besuchsdienste in Pflegeheimen, die Begleiter der an AIDS Erkrankten, die Betreuer der von Demenz betroffenen Menschen; und viele andere, die sich genau jenen zuwenden, deren Anblick unsere auf Fitness, Schönheit und Leistungsstärke fixierte Gesellschaft nicht mehr erträgt und denen sie in einer unsäglichen Banalisierung des Begriffs der Würde nicht selten bescheinigen möchte, sie führten kein menschenwürdiges Leben mehr.

Auf der anderen Seite steht ein bedenklicher Vorgang, dessen Zeugen wir gegenwärtig sind, der vielen entgeht, weil er sich in der geistigen Auseinandersetzung und im Bereich abstrakter Begründungen abspielt, aber keineswegs ohne weit reichende praktische Auswirkungen bleiben wird. Es ist der schon weit gediehene Versuch, Menschsein und Personsein zu trennen, nicht mehr dem Menschen, sondern der Person Würde zuzuschreiben, Persönlichkeit aber von Entwick-

lungsstufen des Menschen und dessen konkreter Fähigkeit zur Selbstachtung, zum Werterleben und zur Selbstbestimmung abhängig zu machen. Das Attribut "Person", bisher Inbegriff all dessen, was jedem Menschen von der Zeugung bis zum Tod, ja darüber hinaus, Würde verleiht, wird jetzt in einem exklusiven Sinn gebraucht, um bestimmten Menschen entgegen der Bestimmung des Artikels I unserer Verfassung den unbedingten Schutz und die Unantastbarkeit ihrer Würde vorzuenthalten, mit dem Ergebnis, dass das unbedingt Geltende zum Abwäg-baren gemacht und damit die Möglichkeit eröffnet wird, den Menschen für Zwecke zu instrumentalisieren, die sich nicht auf dessen eigenes Wohl richten.

Dieser Vorgang, der sich im geistigen Ringen vollzieht, verstärkt den politischen Druck, endlich die Schleusen zu öffnen, in denen sich das wissenschaftliche und wirtschaftliche Interesse längst angestaut hat. Unsere Rechtsgemeinschaft scheint diesem Druck nicht mehr stand zu halten. Sie rührt aber damit an ihr Fundament. Die Hoffnung nicht Weniger, durch allerlei strenge Bedingungen künftig das begrenzen beziehungsweise kanalisieren zu können, was man dem Bereich des unbedingt Geltenden entzogen hat, wird sich kaum erfüllen. Angesichts der diffusen Pluralität von moralischen Anschauungen und ethischen Begründungen in unserer Gesellschaft werden sich die vereinigten Interessen von Forschung und Wirtschaft durchsetzen; dies umso mehr, als sie sich beständig auf den internationalen Wettbewerb werden berufen können.

Dass in dieser Situation gerade der christliche Politiker eine große Last trägt, muss jedem einsichtig sein. Dabei kann er sich nicht daran orientieren, inwieweit er oder seine Partei in den Konflikt mit der Kirche gerate, ob es zu Irritationen kommt oder wohlwollendes Verständnis signalisiert wird. Letztlich werden sie auch nicht durch das entlastet, was ihnen Ethikräte sagen, deren Etablierung als politische Institutionen schon fragwürdig genug war, und die aber spätestens dann selbst zum ethischen Problem werden, wenn sie zur Abstimmung schreiten - worüber stimmen sie ab? Kann man über die Tragfähigkeit des ethischen Ar-

guments Mehrheitsentscheidungen herbeiführen? Welchen Sinn soll das Mehrheitsergebnis haben, wenn nicht den, bestimmten politischen Entscheidungen den Schein der Legitimation zu geben?

Nein, der christliche Politiker und seine Partei bleiben auf die Frage zurückgeworfen, wie sie mit dem Selbstanspruch umgehen, Politik aus christlichen Grundsätzen und in Orientierung am christlichen Menschenbild gestalten zu wollen.

Rennen wir hier nicht und drängen wir nicht die Politik in eine gesinnungsethische Sackgasse? Verlangen wir dem Politiker etwas ab, was dieser, weil er als Verantwortungsethiker im Max Weber'schen Sinn den Blick auf Folgen zu richten hat, gar nicht leisten kann? Wer Max Webers Rede über Politik als Beruf genau und vor allem bis zum Ende liest, entdeckt, dass dieser gerade keinen Gegensatz zwischen dem Typus eines angeblich unpolitischen Gesinnungsethikers und dem des politiktauglichen Verantwortungsethikers konstruiert; vielmehr, so sagt er, könne jeder, der aus Verantwortung für die Folgen, das heißt verantwortungsethisch, handelt, an einem Punkt angelangen, wo er sagen muss: "Hier stehe ich, ich kann nicht anders." Und Max Weber fährt fort: "Insofern sind Gesinnungsethik und Verantwortungsethik keine Gegensätze, sonder Ergänzungen, die zusammen erst den ... ausmachen, der den 'Beruf zur Politik' haben *kann*."

Betrachten Sie bitte diese Anmerkungen nicht als Politikerschelte. In der Gegenwart als Christ politische Verantwortung zu übernehmen, grenzt manchmal an eine Zumutung. Als Christ politisch zu entscheiden, muss umso mehr zur Zumutung werden, je schwächer die Prägekraft christlichen Denkens innerhalb der Gesellschaft wird, je bescheidener der Einfluss der kirchlichen Gemeinschaft auf die kollektiven Einstellungen innerhalb der Rechtsgemeinschaft ausfällt und je wahrscheinlicher es wird, dass die entschiedene Ausrichtung der Politik an christlichen Grundsätzen deren Mehrheitsfähigkeit gefährdet. Dann beginnen die Ratschläge von außen wohlfeil zu werden. Und der christliche Politiker bleibt möglicherweise sehr einsam.

Es kennzeichnet unsere säkulare Gesellschaft, dass sie ihre ganze Hoffnung auf den medizinischen Fortschritt setzt, dass ihr das Leid - nicht nur das zugefügte, sondern auch das durch Krankheit, Behinderung und Begrenztheit des Lebens auferlegte Leid - sinnlos und daher unerträglich erscheint, und dass sie dann folgerichtig dort, wo sich neue Fortschritte auch nur andeutungsweise abzeichnen, in der Wahl der Mittel bedenkenlos wird. Wenn die Ziele einer rein auf das Diesseits ausgerichteten Gesellschaft vermessen werden, wie kann man erwarten, dass die Wahl der Mittel, um diese Ziele zu erreichen, dem Maß christlich-humanen Denkens entspricht.

Was hier in den Blick kommt, überschreitet weit den Verantwortungsbereich der Politik. Gewiss, die Politik ist heute in einer ungeheuren Weise gefordert. Aber die Hauptaufgabe liegt bei uns selbst. Es ist notwendig, dass wir uns dieser Herausforderung vergewissern, dass wir uns gegenseitig bestärken und - dass wir uns zu Beginn dieses Jahres wechselseitig Gottes Segen wünschen.